

# Bürgerliche sprechen von «Enttäuschung» und «Provokation»

Bei CVP, SVP und FDP kommen die Asylpläne des Bundesrats schlecht an. Die Kantone und die SP begrüssen die Vorschläge.

## Michael Soukup

Es ist schon mehr als drei Jahre her, dass der Tessiner CVP-Nationalrat Marco Romano in einem Postulat vom Bundesrat mehr Transparenz und Gerechtigkeit bei der vorläufigen Aufnahme von Flüchtlingen forderte. Der Nationalrat nahm das Postulat Ende 2013 an – gestern meldete sich der Bundesrat mit seiner Antwort zurück. «Der Berg hat eine Maus geboren»: So lässt sich die Reaktion der Bürgerlichen auf die Asylreform zusammenfassen. Eindeutig Sukkurs gibt es nur von der SP: «Der Vorschlag des Bundesrats (A-Ausweis) geht in die richtige Richtung, aber deutlich zu wenig weit», sagt Nationalrat Cédric Wermuth. Die SP fordert, dass auch vorläufig Aufgenom-

mene eine reguläre Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis) erhalten.

Enttäuscht ist der Postulant selbst. Marco Romano erhoffte sich eine jährliche Situationsanalyse: «Das Sammelbecken der rund 35 000 vorläufig Aufgenommenen setzt sich sehr unterschiedlich zusammen.» Aber was das genau für Leute seien, wisse niemand. Zwar gehen für den Tessiner die Vorschläge zur Statusänderung bei den Schutzbedürftigen in die richtige Richtung. «Aber für die eritreischen Wirtschaftsflüchtlinge wollen wir eine separate Kategorie.» Durch die klare Identifikation versprach er sich eine höhere Rückweisungsquote.

Ins gleiche Horn stösst SVP-Nationalrat Heinz Brand: «Das ist ein bescheidener und enttäuschender Output.» Der Präsident der Staatspolitischen Kommission staunt über den Vorschlag, die vorläufige Aufnahme durch eine Aufenthaltsbewilligung zu ersetzen: «Dies wurde in der Kommission schon einmal diskutiert und klar abgelehnt.» Auch die übrigen Vorschläge seien enttäuschend, nicht neu und nicht zielführend. Brand

hätte sich zudem eine offensivere Praxis beim Widerruf der vorläufigen Aufnahme gewünscht. «Der Unmut ist in Kantonen und Gemeinden teils enorm.»

Die härteste Kritik – tonal wie inhaltlich – kommt aber vom Aargauer FDP-Ständerat Philipp Müller: «Die Variante eins empfinde ich als Provokation. Es kann doch nicht im Ernst sein, dass man allen vorläufig Aufgenommenen eine ordentliche Aufenthaltsbewilligung gibt.» Denn es sei rechtlich unbestritten: Wer eine vorläufige Aufnahmebewilligung erhalten habe, sei kein Flüchtling, weil er ja eine rechtskräftige Wegweisungsverfügung bekommen habe.

## Gibt es genügend Jobs?

Für Müller gibt es de facto zwei Kategorien, nämlich Kriegsvertriebene, also Schutzbedürftige, und Wirtschaftsflüchtlinge. Ziel müsse es aber sein, dass Kriegsvertriebene wieder weggewiesen werden können, wenn der Grund für eine vorläufige Aufnahme wegfalle. Dieses Ziel sei aber nie verfolgt worden: «Zwischen 2009 und 2015 mussten ge-

rade sieben vorläufig Aufgenommene bei einem aktuellen Gesamtbestand von über 35 000 ausreisen.» Nun werde das Gesetz einfach der Praxis angepasst.

Auch die angebliche bessere Integration in den Arbeitsmarkt dank einem neuen Status kommt beim früheren FDP-Präsidenten ganz schlecht an: «Woher sollen wir all die Jobs hernehmen?» Die Leute seien schlecht qualifiziert. Selbst bei den anerkannten Flüchtlingen würde sich die Erwerbsquote fünf Jahre nach Aufnahme bei etwa 28 Prozent bewegen. «Warum soll ein vorläufig Aufgenommener arbeiten, wenn er immer Anspruch auf die volle Sozialhilfe hat?» Und auch beim Vorschlag, den Familiennachzug bereits nach zwei Jahren statt wie bisher frühestens nach drei Jahren zu gewähren, schüttelt Müller den Kopf.

Im Namen der Kantone äussert sich Peter Gomm, Solothurner SP-Regierungsrat und Präsident der Sozialdirektorenkonferenz (SODK): Es sei wichtig, dass die rasche Integration dieser Personen in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt erleichtert und gefördert

werde. Und: «Der Name der vorläufigen Aufnahme sowie die mit dem Status verbundenen Vorgaben administrativer Art können heute eine Integration erschweren, weil sie bei Arbeitgebern teils Verunsicherung schaffen», so Gomm. Welcher der drei vom Bundesrat vorgelegten Varianten der Vorzug gegeben werden soll, werde man bald in der Konferenz der Sozialdirektoren diskutieren.

## Bedenken auch in Luzern

Der Luzerner Sozialdirektor Guido Graf (CVP) gilt als harter Kritiker der bundesrätlichen Asylpolitik. Letztes Jahr forderte er in einem Brief an Justizministerin Simonetta Sommaruga, dass Asylsuchende aus Eritrea in der Schweiz nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt werden sollen. Auch er begrüsst grundsätzlich, dass vorläufig Aufgenommene mit der Schutzgewährung einen neuen Status erhalten sollen. Aber der Vorschlag des Bundesrats, den Familiennachzug auf zwei Jahre zu reduzieren, sei falsch: «Der Bund ist bei der Anerkennung von Flüchtlingen sehr grosszügig.»